

Nachhaltigkeitsdilemmata – eine Einführung

Ausreden, alte Fehler und neue Aufbrüche

Wenn es um nachhaltige Entwicklung geht, wird es schnell verzwickt. Denn die Entscheidung für eine Problemlösung wirkt sich häufig nachteilig auf andere Bereiche aus. Viele der beklagten Dilemmata sind aber eigentlich Ausreden fürs Nichtstun, Ablenkungen, Verkürzungen, Folgen falscher politischer Steuerungen oder eines veralteten Nachhaltigkeitsverständnisses.

Von Kai Niebert

— Was lange eine Modellrechnung war, ist nun Realität: Die Klimakrise beginnt sich selbst zu verstärken, das Artensterben nimmt dramatisch zu (1), und die Coronakrise zeigt, dass wir Menschen mindestens einmal zu tief in unberührte Lebensräume eingedrungen sind. Gesellschaftliche und ökologische Kipppunkte sind erreicht. Die Bewältigung der Biodiversitäts- und der Klimakrise wird die politische Agenda in diesem Jahrzehnt entscheidend prägen.

Und doch kommt immer wieder etwas dazwischen: jüngst der Krieg gegen die Ukraine, der auch ein Krieg gegen Europas Energieversorgung und die globale Nahrungsmittelsicherheit ist. Bei der Lösung dieser Krisen wird häufig von Dilemmata gesprochen, also Zwickmühlen, bei denen die Entscheidung für eine Lösung sich immer nachteilig auf andere Lösungen auswirkt. Und sie scheinen sehr real, die Dilemmata: Sollen wir die Windkraft ausbauen, um die Klimakrise zu bremsen – auch wenn dafür Rotmilan, Schreiadler und Co leiden (vgl. S. 46 ff.)? Sollen wir

für den Artenschutz landwirtschaftlich genutzte Flächen stilllegen, auch wenn ein Krieg die globale Weizenversorgung gefährdet (vgl. S. 53 ff.)? Wollen wir mehr ökologische Landwirtschaft, auch wenn sie mehr Fläche benötigt als konventioneller Landbau? Sollen wir die Geschwindigkeit des Kohleausstiegs der Klimakrise oder dem Umbau von Arbeitsplätzen in den Regionen anpassen? – Das sind nur einige der verzwickten Fragen, die es rasch zu beantworten gilt.

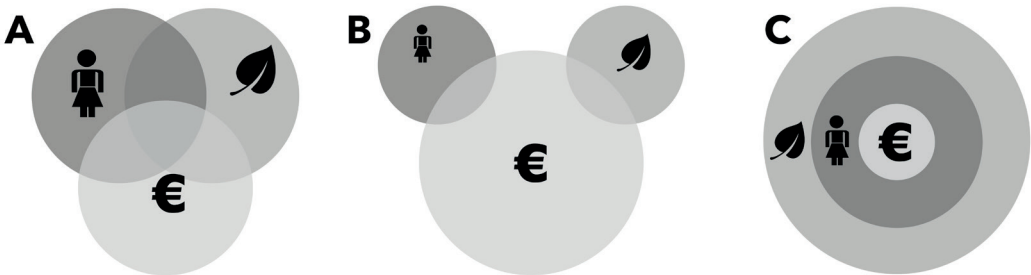
Diese Zwickmühlen, häufig auch als Zielkonflikte bezeichnet, prägen den Alltag im Kleinen wie auch die Politik im Großen. Und sie scheinen in den Globalen Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) angelegt: Die 17 SDGs, einschließlich ihrer 169 Teilziele, waren 2015 das Ergebnis einer Konferenz der Vereinten Nationen. Dass 169 Ziele nicht völlig kohärent und widerspruchsfrei nebeneinanderstehen, verwundert kaum. Am offensichtlichsten zeigt sich der inhärente Konflikt der Ziele Wirtschaftswachstum (SDG 8) und Klimaschutz (SDG 13), Leben unter Wasser (SDG 14) und Leben an Land (SDG 15). Zwar wird immer wieder die Möglichkeit grünen Wachstums beschworen – und wir werden dies auch bis zu einem bestimmten Punkt brauchen –, jedoch zeigen Analysen sehr klar, dass eine absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbräuchen ein unerreichbarer Wunschtraum ist. (2)

Nachhaltigkeit – aber welche?

Doch welches Bild von Nachhaltigkeit leitet uns eigentlich, wenn wir über Nachhaltigkeitsdilemmata reden? In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie heißt es, die Bundesregierung wolle „gleichmaßen den Bedürfnissen der heutigen sowie künftiger Generationen gerecht [...] werden [...], wobei die planetaren Grenzen [...] die absolute äußere Beschränkung vorgeben“. (3)

Die Idee der Nachhaltigkeit war angedacht als Versuch, ökologische, ökonomische und soziale Interessen zum Ausgleich zu bringen (Abb. 1A). In der Realität verkommt der Anspruch der Nachhaltigkeitspolitik jedoch zu einer »Mickey-Mouse-Nachhaltigkeit« (Abb. 1B), in der ökologische und soziale Belange zugunsten von wirtschaftlichen Interessen immer an den Rand gedrängt werden. Artensterben, Klimakrise und soziale Ungleichheit sind die Folgen. Die planetaren Belastungsgrenzen zeigen auf, dass wir ein neues Nachhaltigkeitsdenken brauchen.

1 Nachhaltigkeit innerhalb planetarer Belastungsgrenzen



_Quelle: eigene Darstellung

(Abb. 1C): Nachhaltigkeit heißt wirtschaften zur Befriedigung sozialer Bedürfnisse: Wohlstand, kein Hunger, genügend Arbeit. Das kann aber nur unter Einhaltung der planetaren Belastungsgrenzen erfolgen. (4)

Da die Nachhaltigkeitsstrategie diese Grenzen als absolute äußere Beschränkung vorgibt, müssen diese auch als Kriterium herangezogen werden, um auf Nachhaltigkeitsdilemmata zu blicken. Aus diesem Blickwinkel betrachtet, lösen sich so manche Dilemmata schnell auf:

Ablenkungen vom eigentlichen Problem: Im Sommer 2022 war eines der angeblichen Dilemmata Atomausstieg versus Energiesicherheit. Veranlasst durch den russischen Angriff auf die Ukraine und Europas Energieversorgung wurde insbesondere vom bayerischen Ministerpräsidenten vorgeschlagen, die Kraftwerke mit den verbliebenen Brennstäben einfach weiterlaufen zu lassen. Doch das ist nicht nachhaltig, ja nicht einmal dilemmatisch: Lässt man die AKW einfach weiterlaufen, entsteht kein zusätzlicher Strom, sondern wird nur der verbliebene Reststrom aufs nächste Jahr verteilt. Gewonnen wäre somit – nichts, außer neue Risiken durch noch ältere Reaktoren, die seit dann 13 Jahren keine gründliche Sicherheitsprüfung mehr hatten, während ein Krieg in Europa tobt! Doch statt ein Sofortprogramm Energiesparen aufzusetzen, neue Stromleitungen und Windräder zu bauen, nimmt

Ministerpräsident Söder die ganze Republik in die Haftung. Das so genannte Dilemma um die Laufzeitverlängerung ist somit kein Dilemma, sondern eine Ablenkung von den eigentlich notwendigen Debatten.

Verkürzte Antworten: Im Jahr 2022 bestimmt der Krieg gegen die Ukraine nicht nur die Debatten in der deutschen Landwirtschaftspolitik, sondern auch in der Entwicklungspolitik. Der russische Angriff ist nämlich gleichzeitig ein Angriff auf die Kornkammer Europas und Afrikas. Wäre es da nicht konsequent, weitere Flächen für den Anbau von Lebensmitteln freizugeben? Das Dilemma Naturschutz versus Ernährungssicherung wird hier plötzlich sehr real. Doch auch hier lohnt ein Blick ins Detail: Wenn künftig weniger Biosprit in den Tank gekippt würde, ließen sich bis zu sieben Mal so viel Flächen für den Anbau von Lebensmitteln gewinnen, wie durch die Nutzung von Naturschutzflächen und damit den Abbau von Naturschutzstandards. Darüber hinaus werden heute 60 Prozent der deutschen Landwirtschaftsfläche zur Futtermittelproduktion für die Tierhaltung genutzt. Es wäre eine deutlich effizientere und schnellere Lösung, zügig die Prioritäten neu zu sortieren, statt die wenig produktiven Flächen zu intensivieren. Die Landwirtschaft in Deutschland verursacht derzeit jedes Jahr rund 90 Milliarden Euro an Umweltschäden. Dass dieses System keine Zukunft hat, hat schon die Zukunftskommission Landwirtschaft aufgezeigt. Auch hier zeigt sich: Ernährungssicherung versus Naturschutz ist kein Dilemma, sondern der Versuch einer verkürzten Antwort.

Folgen der Grenzen des Denkens: Widmen wir uns dem Dilemma Windrad versus Naturschutz. Um die Klimakrise zu stoppen, ist ein rasanter Ausbau der erneuerbaren Energien unabdingbar. Gleichzeitig gibt es Sorgen – und Klagen –, weil immer mehr Rotmilane, Schreiadler und Co an immer mehr Windrädern sterben könnten. Schaut man sich die Zahlen an, zeigt sich: Ja, Windräder könnten ein Problem werden. Ein genauer Blick aber zeigt: Das wirkliche Problem ist die industrielle Landwirtschaft, die die Bestände in die Knie zwingt – weil die Greifvögel Lebensräume verlieren und nichts mehr zu fressen finden. Wer den Naturschutz fördern will, sollte also die Agrarpolitik ändern, statt die Energiewende auszubremsen. Zum Beispiel, indem die von der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) aufgestellte

**„ Derzeit scheinen Ressortgrenzen nicht
nur Grenzen des Denkens, sondern auch
Grenzen der Problemlösung zu sein. “**

Forderung eingelöst wird, zehn Prozent der intensiv genutzten Agrarlandschaften stärker für die biologische Vielfalt zur Verfügung zu stellen. So könnte eine Win-Win-Win-Situation entstehen: Der Wirtschaftsminister bekommt Flächen für die Windenergie, die Umweltministerin Flächen für die biologische Vielfalt und der Landwirtschaftsminister kann die Forderungen der ZKL einlösen und den Landwirt(inn)en neue Einkommensquellen bieten. Dafür bräuchte es jedoch ein ressortübergreifendes Denken, in dem Ressourcen geteilt werden, statt an ministerialen Mauern zu scheitern. Derzeit scheinen Ressortgrenzen nicht nur Grenzen des Denkens, sondern auch Grenzen der Problemlösung zu sein.

Politische Fehlsteuerungen: Der Autor dieses Beitrags ist passionierter Nachtzugfahrer und beruflich häufig zwischen Zürich und Berlin unterwegs. Im Nachtzug kostet eine Fahrt im Einzelabteil mit Spartarif rund 270 Euro pro Strecke, macht 540 Euro für beide Strecken. Mit der Swiss fliegt man im Schnitt für 200 Euro hin und zurück. Woher kommt diese Diskrepanz? Internationale Flüge sind von der Mehrwertsteuer befreit. Sie zahlen keine Kerosinsteuer und keine Energiesteuer, während die Bahn Mehrwertsteuer, Energiesteuer und in Deutschland auch die EEG-Umlage zur Förderung erneuerbarer Energien zahlt. Solange das Fliegen subventioniert wird, ist das Bahnfahren ein ständiges Schwimmen gegen den Strom. Damit es zum Massensport wird, müssen die politisch verordneten Fehlanreize abgebaut werden. Rund 65 Milliarden Euro an solchen umweltschädlichen Fehlanreizen in Form von Subventionen leistet sich allein Deutschland jedes Jahr und arbeitet damit nicht nur aktiv gegen das Pariser Klimaabkommen und die Rahmenkonvention zum Erhalt der Biodiversität an, sondern auch gegen seine eigene Nachhaltigkeitsstrategie und die Gesundheit von Bürger(inne)n.

Solange der Konsum umweltschädlicher Produkte von der Politik künstlich vergünstigt wird, kann nicht von einem Nachhaltigkeitsdilemma für Bürger(innen) die Rede sein; solange auf dem Cappuccino mit Hafermilch mehr Mehrwertsteuer (19%) erhoben wird als auf den mit Kuhmilch (7%) darf niemand das Konsumverhalten der Menschen – die meist wissen, dass pflanzliche Produkte nicht nur umweltfreundlicher, sondern auch gesünder sind als tierische Produkte – für die Verfehlung von Nachhaltigkeitszielen verantwortlich machen. Hier ist Politik gefragt.

Ein überholtes Verständnis von Nachhaltigkeit: Aus dem Naturschutz wird berechtigterweise die Sorge laut, dass die grüne industrielle Revolution zusätzlichen Druck auf die biologische Vielfalt ausübt – auch wenn es eine wirklich grüne Industrialisierung ist. Und auch wenn die Belastungen für die Natur nicht in der erneuerbaren Infrastruktur liegen, sondern in ausgeräumten Agrarlandschaften, in der Zersiedelung und Zerschneidung von Naturräumen oder im mangelhaften Schutz in Schutzgebieten: Auch grüne Infrastruktur ist Infrastruktur. Deshalb sollte gelten: Die wilden 2020er müssen tatsächlich zu mehr Wildnis führen. Wir können neue Belastungen in der Natur nicht vermeiden. Doch weil die Natur so belastet ist, reicht es nicht mehr, diese Eingriffe einfach auszugleichen. Wir müssen den Zustand der Natur an anderer Stelle qualitativ wirklich verbessern. Und genau hier findet der Epochenbruch statt: Bisher wurde Nachhaltigkeit als Reparaturbetrieb gesehen: Jeder Eingriff in die Natur wurde als Angriff gewertet – und er war häufig auch ein Angriff. Künftig sollten Infrastruktur, Wirtschaft und Gesellschaft so geplant und organisiert werden, dass jeder Eingriff in die Natur der Verbesserung ihres Zustands dient. Die Zeit des Kompensierens muss vorbei sein. Wir brauchen wieder mehr Natur, mehr Vielfalt, mehr Wildnis. Dafür muss aus dem Verschlechterungsverbot ein Verbesserungsgebot bei der Planung neuer Infrastrukturvorhaben werden.

Vom Scheindilemma zum planetaren Imperativ

Doch natürlich gibt es sie, die echten Dilemmata auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft. Es ist ein dauerhaftes Abwägen, welche Prioritäten man setzt, indem man gesellschaftliche gegen ökologische Kippunkte abwägt: Wie hoch darf ein CO₂-

Preis steigen, um das Klima zu retten, ohne dass es gesellschaftliche Unruhen gibt? Wie kann ich Viehbestände in Deutschland senken – ohne dass das Schnitzel dann künftig einfach aus Spanien importiert wird? Die oben diskutierten »Dilemmata« zeigen: Es lohnt genauer hinzuschauen, bevor man sich vorschnell in Ausreden verliert.

**„ Wer die planetaren Grenzen ernst nimmt,
hat einen klaren Kompass für
eine unsicherer werdende Zukunft. “**

Dieser Beitrag wird im Sommer 2022 geschrieben – einem Sommer, in dem der Natur die Puste ausgeht: Eine Hitzewelle jagt die andere, der Rhein ist faktisch trockengelegt, Wälder brennen, Felder verdorren. Zwischendurch gibt es Regenfälle so stark, dass alles weggeschwemmt wird, in der Oder sterben tonnenweise Fische. Diese Beispiele zeigen vor allem eines: Die planetaren Belastungsgrenzen sind mittlerweile nicht mehr nur in den Modellen von Klima- und Biodiversitätsforscher(inne)n überschritten.

Das heißt nicht, dass die planetaren Grenzen nicht verhandelbar sind. Richtig ist: Die Natur lässt nicht mit sich verhandeln. Aber wir müssen verhandeln, welches Risiko wir einzugehen bereit sind. Dieses Risiko und damit die Grenze muss demokratisch festgelegt werden, wie es beim Klimaschutz (1,5 Grad!) ja auch getan wurde. Und ist diese festgelegt, ist sie einzuhalten, wie auch der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts von 2021 zum Klimaschutz zeigt: Ein dauerhaftes Überschreiten der planetaren Belastungsgrenzen und Abwälzen der Probleme auf kommende Generationen ist nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Damit wird klar: Die – demokratisch ausgehandelten – planetaren Grenzen sind das neue Leitbild der Nachhaltigkeit. Mit den planetaren Grenzen kann man bei echten Dilemmata Kants kategorischen Imperativ als »planetaren Imperativ«, als Kompass deuten. Nur demokratiefähige und globalisierbare Lösungen können einen Beitrag für eine

nachhaltige Zukunft leisten. Demokratiefähig ist eine Lösung nur dann, wenn sie fehlertolerant und rückholbar ist. Die Atomenergie, die Ausbringung gentechnisch veränderter Organismen oder auch das Artensterben sind Beispiele unumkehrbarer und damit demokratieunfähiger Prozesse. Globalisierbar ist sie nur, wenn alle heute und künftig lebenden Menschen die Entscheidung genauso treffen könnten, ohne den Planeten zu ruinieren. Schnell zeigt sich so, dass weder unser Energie- noch unser Fleischhunger für bald neun Milliarden Menschen geeignet sind, sondern den Planeten über sämtliche ökologische wie gesellschaftliche Kippunkte werfen würden. Wer diesen planetaren Imperativ berücksichtigt, hat einen klaren Kompass bei Entscheidungen in einer unsicherer werdenden Zukunft. —

Anmerkungen

- (1) Secretariat of the Convention on Biological Diversity (2020): Global Biodiversity Outlook 5. Montreal.
- (2) Parrique, T. / Barth, J. / Briens, F. / Kerschner, C. / Kraus-Polk, A. / Kuokkanen, A. / Spangenberg, J. (2019): Decoupling debunked: Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability. European Environmental Bureau.
- (3) www.bundesregierung.de/resource/blob/998006/1873516/3d3b15cd92d0261e7a0bcd-c8f43b7839/2021-03-10-dns-2021-finale-langfassung-nicht-barrierefrei-data.pdf?download=1
- (4) Niebert, K. / Müller, M. (2017): Verantwortung im Anthropozän. In: Michelsen, G.: Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. HLZ. Wiesbaden, S. 55-70.



Wie befreien Sie sich aus einem Nachhaltigkeitsdilemma?

Überlegen, ob's der Kanzler oder der Kai anpacken muss. Schmunzeln. Mund

abputzen. Weiter machen.

Naturschutzrings und leitet das Kuratorium der Deutschen Bundesstiftung Umwelt. Er war Mitglied der Kohlekommission und der Zukunftskommission Landwirtschaft. 2022 wurde er vom Bundeskanzler in die Allianz für Transformation berufen.

Kontakt

Prof. Dr. Kai Niebert
Universität Zürich
E-Mail: kai.niebert@uzh.ch

Zum Autor

Kai Niebert ist Nachhaltigkeitsforscher an der Universität Zürich, Präsident des Deutschen